

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Aus dem Vorwort zur ersten Auflage .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXV
Schrifttumsverzeichnis .....	XXVII

## Kapitel 1. Die gängigsten Betäubungsmittel und Neue Psychoaktive Stoffe

<b>A. Cannabis</b> .....	1
I. Herkunft .....	1
II. Cannabisprodukte .....	1
III. Anbaumethoden .....	3
IV. Wirkungen .....	4
V. Rechtslage .....	5
1. Cannabissamen .....	5
2. Umgang mit Nutzhanf und Marihuana mit Wirkstoffgehalten nicht über 0,2 Prozent .....	5
3. Anbau von Cannabispflanzen im Rahmen der Rübenzüchtung .....	6
4. Anbau von Nutzhanf durch bestimmte Unternehmen der Landwirtschaft .....	6
5. Umgang mit Cannabismedizin .....	6
VI. Geschichte .....	7
VII. Zusammenfassung .....	8
<b>B. Heroin</b> .....	9
I. Herkunft .....	9
II. Wirkungen .....	10
III. Rechtslage .....	10
IV. Geschichte .....	11
V. Zusammenfassung .....	11
<b>C. Kokain</b> .....	12
I. Herkunft und Wirkungen .....	12
II. Rechtslage .....	13
III. Geschichte .....	13
IV. Zusammenfassung .....	14
<b>D. Crack</b> .....	14
I. Herstellung und Wirkungen .....	14
II. Rechtslage .....	15
III. Geschichte .....	15
IV. Zusammenfassung .....	15
<b>E. Amphetamin</b> .....	16
I. Herstellung und Wirkungen .....	16
II. Rechtslage .....	16
III. Geschichte .....	17
IV. Zusammenfassung .....	17

IX

<b>F. Methamphetamin</b>	17
I. Herstellung und Wirkungen	17
II. Rechtslage	19
III. Geschichte	19
IV. Zusammenfassung	20
<b>G. Ecstasy (MDMA/MDA/MDE)</b>	20
I. Herstellung	20
II. Wirkungen	21
III. Rechtslage	21
IV. Geschichte	21
V. Zusammenfassung	21
<b>H. LSD</b>	22
I. Herstellung und Wirkungen	22
II. Rechtslage	22
III. Geschichte	22
IV. Zusammenfassung	23
<b>I. Psilocybin</b>	23
I. Herkunft und Wirkungen	23
II. Rechtslage	24
III. Zusammenfassung	24
<b>J. GHB/GBL („Liquid Ecstasy“, „K.O.-Tropfen“)</b>	25
I. Herkunft und Wirkungen	25
II. Rechtslage	25
III. Geschichte	26
IV. Zusammenfassung	26
<b>K. Neue Psychoaktive Stoffe (sog. „Legal Highs“)</b>	26
I. Herkunft und Wirkungen	26
II. Rechtslage	28
III. Zusammenfassung	29
<b>L. Sonstige</b>	29
I. Fentanyl/Carfentanyl	29
II. Buprenorphin ( <i>Subutex®</i> )	30
III. Methylphenidat ( <i>Ritalin®</i> )	30
IV. Benzodiazepine (Diazepam und Co.)	30

## Kapitel 2. Materielles Betäubungsmittelstrafrecht

<b>A. Die wichtigsten Vorschriften im Überblick</b>	33
<b>B. Anwendungsbereich des BtMG</b>	35
I. Die Anlagen I bis III zu § 1 Abs. 1 BtMG	35
1. Ausnahmen von der Betäubungsmittleigenschaft	37
a) Cannabissamen	37
b) Nutzhanf	37
c) Medizinalcannabis	38
d) Ausgenommene Zubereitungen	39
2. Erweiterung des Anwendungsbereichs	39
II. Betäubungsmittelimitate („Linkfälle“)	40
<b>C. Erlaubter Umgang mit Betäubungsmitteln</b>	40
I. Erlaubnis nach § 3 BtMG	41
II. Ausnahmen von der Erlaubnispflicht (§ 4 BtMG)	42

1. Ausnahmen für Apotheker .....	42
2. Ausnahmen für den Umgang mit ärztlich verschriebenen Betäubungsmitteln .....	42
3. Ausnahmen für Strafverfolgungsbehörden .....	43
III. Recht der Ärzte, Betäubungsmittel der Anlage III zu verschreiben, verabreichen und zum unmittelbaren Verbrauch zu überlassen .....	44
1. Voraussetzungen .....	44
2. Besonderheiten nach der BtMVV .....	45
3. Verschreibung von Betäubungsmitteln zur Substitution .....	48
a) Definition und Ziele .....	48
b) Substitutionsmittel .....	48
c) Voraussetzungen zur Verschreibung eines Substitutionsmittels .....	48
d) Ablauf der Substitutionsbehandlung: Grundsätzlich Anwendung von Substitutionsmitteln unter Aufsicht .....	49
e) Wochenendrezept, Take-Home-Verschreibung .....	49
f) Besonderheiten bei der Verschreibung von Diamorphin .....	50
<b>D. Die verschiedenen Mengen des BtMG .....</b>	<b>50</b>
I. Nicht geringe Menge .....	51
1. Die nicht geringe Menge der gängigsten Betäubungsmittel .....	52
2. Die nicht geringe Menge bei mehreren unterschiedlichen Betäubungsmitteln .....	53
II. Die „einfache Menge“ .....	53
III. Geringe Menge .....	53
<b>E. Die wichtigsten Tatbestandsalternativen des § 29 BtMG .....</b>	<b>54</b>
I. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BtMG .....	55
1. Anbau .....	55
2. Herstellen .....	55
3. Erwerben/sich auf sonstige Weise verschaffen .....	56
4. Einfuhr/Ausfuhr/Durchfuhr .....	58
5. Veräußern/Abgeben/auf sonstige Weise in den Verkehr bringen .....	61
6. Handeltreiben .....	62
a) Begriffsbestimmung .....	62
b) Erfolgreicher Verkauf von Betäubungsmitteln .....	62
c) Ankauf von Betäubungsmitteln zum Zwecke des Weiterverkaufs ...	62
d) Strafbarkeit bloßer An- und Verkaufsverhandlungen .....	63
aa) Anbieten von Betäubungsmitteln .....	63
bb) Anfragen des Täters an seinen Betäubungsmittellieferanten ...	63
cc) Anbieten von Betäubungsmitteln im Online-Handel .....	64
dd) Bloße Vorbereitungshandlungen .....	65
ee) Nachweis des Handeltreibens im Verfahren .....	65
e) Eigennützigkeit .....	66
f) Fahrlässiges Handeltreiben beim Weiterverkauf von Betäubungsmitteln in Unkenntnis der Betäubungsmittleigenschaft ...	66
g) Abgrenzung Täterschaft/Teilnahme bei Kurierfahrern .....	67
aa) Ältere Rechtsprechung .....	67
bb) Neuere Rechtsprechung .....	68
h) Abgrenzung Täterschaft/Teilnahme bei Betäubungsmitteltransporten durch sog. Läufer .....	68
i) Beihilfe zum Handeltreiben trotz vorheriger Sicherstellung der Betäubungsmittel .....	69
II. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 BtMG (unerlaubter Besitz) .....	69
1. Begriffsbestimmung .....	69

2. Abgrenzung strafbarer Besitz/strafloser Konsum	70
3. Wegnahme von Drogen durch Eltern/Lehrer/Sozialarbeiter aus Fürsorgegründen	71
4. Botentätigkeiten	71
5. Strafbarer Mitbesitz	71
6. Betäubungsmittelrückstände in Konsumutensilien	72
III. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 6b BtMG (Verabreichen/Verbrauchsüberlassung)	72
1. Begriffsbestimmung	72
2. Strafbarkeit bei der Teilnahme an Cannabisraucherrunden	73
a) Zwei Teilnehmer	73
b) Drei oder mehr Teilnehmer	73
3. Gemeinsame Benutzung von Betäubungsmittelspritzen	74
4. Gemeinsamer Konsum eines Betäubungsmittels in Pulverform	74
IV. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 11 BtMG (Verschaffen/Gewähren einer Gelegenheit zum unbefugten Verbrauch)	74
1. Begriffsbestimmung	74
2. Strafbarkeit von Eltern und Lehrern	75
V. Sonstige Tatbestandsalternativen	76
VI. Besonders schwerer Fall (§ 29 Abs. 3 BtMG)	76
<b>F. Tatbestandsalternativen des § 29a BtMG</b>	77
I. § 29a Abs. 1 Nr. 1 BtMG (Abgabe/Verbrauchsüberlassung von Betäubungsmitteln an Minderjährige)	78
II. § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG (Handeltreiben/Herstellung/Abgabe/Besitz in nicht geringer Menge)	78
<b>G. Tatbestandsalternativen des § 30 BtMG</b>	78
I. § 30 Abs. 1 Nr. 1 BtMG (Bandendelikte)	78
II. § 30 Abs. 1 Nr. 2 BtMG (gewerbsmäßige Abgabe/Verabreichung/ Verbrauchsüberlassung an Jugendliche)	80
III. § 30 Abs. 1 Nr. 3 BtMG (leichtfertige Todesverursachung)	81
IV. § 30 Abs. 1 Nr. 4 BtMG (unerlaubte Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge)	82
<b>H. Tatbestandsalternativen des § 30a BtMG</b>	82
I. § 30a Abs. 1 BtMG (Bandendelikte mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge)	82
II. § 30a Abs. 2 Nr. 1 BtMG (Bestimmen einer Person unter 18 Jahren zum Absatz von Betäubungsmitteln)	82
III. § 30a Abs. 2 Nr. 2 BtMG (Umgang mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge unter Mitführen von Waffen)	83
1. Schusswaffen	83
2. Sonstige Gegenstände	83
3. Mitsichführen	84
<b>I. Konkurrenzen</b>	85
I. Bewertungseinheit	86
1. Wichtigste Fallgruppen	86
a) Wiederholter Verkauf von Betäubungsmitteln aus einem einheitlich erworbenen Vorrat	86
b) Erwerb, der teilweise zum Handeltreiben, teilweise zum Eigenkonsum dient	87
c) Lieferung von Teilmengen	88
d) Weiterverkauf von zusammengeführten Mengen	88
2. Voraussetzung für die Annahme einer Bewertungseinheit	88

3. Prozessuale Folgen der Bewertungseinheit .....	89
II. Tateinheit infolge von Teilidentität der Ausführungshandlungen .....	91
1. Wichtigste Fallgruppen .....	91
a) Verbindung mehrerer Rauschgiftgeschäfte durch einen Zahlungsvorgang .....	92
aa) Zahlung einer vorherigen Lieferung bei der Abholung einer bereits bestellten neuen Lieferung .....	92
bb) Zahlung einer vorherigen Lieferung und gleichzeitige Bestellung einer neuen Lieferung .....	92
cc) Auslieferung von Betäubungsmitteln und gleichzeitige Übernahme des Kaufpreises für eine vorherige Lieferung .....	92
dd) Gleichzeitige Bezahlung mehrerer Lieferungen .....	92
b) Kurzzeitiges Zusammentreffen von getrennt erworbenen Betäubungsmitteln bei der Auslieferung an verschiedene Abnehmer ...	93
c) Umtausch von Betäubungsmitteln mit Erhöhung der Liefermenge gegen Aufpreis .....	93
d) Gleichzeitige Lagerung von Betäubungsmitteln aus unterschiedlichen Lieferquellen .....	93
2. Prozessuale Folgen bei Annahme von Tateinheit .....	94
III. Sonstige Konkurrenzverhältnisse .....	95
1. Handeltreiben .....	95
a) Handeltreiben und Einfuhr .....	95
b) Bandenmäßiges Handeltreiben und Einfuhr .....	95
c) Handeltreiben und Erwerb .....	96
d) Handeltreiben und Besitz .....	97
2. Veräußern/Abgeben .....	97
3. Erwerb/Einfuhr .....	97
4. Besitz .....	98
5. Verbrauchsüberlassung .....	98
6. Anbau .....	99
<b>J. Absehen von Strafverfolgung gemäß § 31a BtMG und Absehen von Strafe gemäß § 29 Abs. 5 BtMG .....</b>	<b>99</b>
I. § 31a BtMG .....	99
1. Geringe Menge bei Cannabisprodukten .....	100
2. Geringe Menge bei anderen Betäubungsmitteln .....	101
3. Öffentliches Interesse an der Strafverfolgung .....	102
II. § 29 Abs. 5 BtMG .....	102
1. Geringe Menge .....	102
2. Notwendige Urteilsfeststellungen .....	103
3. Einstellungsmöglichkeiten gemäß § 29 Abs. 5 BtMG .....	104

### Kapitel 3. Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz (NpSG)

<b>A. Anwendungsbereich .....</b>	<b>105</b>
<b>B. Strafrechtliches Verbot .....</b>	<b>105</b>
I. Grundtatbestand .....	106
1. Handeltreiben mit NPS .....	106
2. Inverkehrbringen .....	106
a) Vorrätighalten zum Verkauf oder zu sonstiger Abgabe .....	106
b) Feilhalten .....	106
c) Feilbieten .....	107
d) Abgabe .....	107
e) Überlassen zum unmittelbaren Verbrauch .....	107

f) Nicht strafbar: Sonstiges Inverkehrbringen	107
3. Verabreichen	107
4. Herstellen zum Zwecke des Inverkehrbringens	107
5. Verbringen in den Geltungsbereich des Gesetzes zum Zwecke des Inverkehrbringens	107
6. Fahrlässige Tatbegehung bei Handelreiben, Inverkehrbringen und Verabreichen	108
II. Qualifikationen	108
III. Konkurrenzen	109
1. Verhältnis zu BtMG und AMG	109
2. Bewertungseinheit	109
<b>C. Verwaltungsrechtliches Verbot/polizeirechtliche Sicherstellung</b>	110
<b>D. Strafrechtliche Sicherstellung</b>	110
<b>E. Ausnahmen vom Verbot</b>	111

## **Kapitel 4. Drogen im Straßenverkehr**

<b>A. Straftat nach § 316 StGB oder Ordnungswidrigkeit nach § 24a Abs. 2 StVG?</b>	113
I. Einzelheiten zu § 24a Abs. 2 StVG	115
1. Objektiver Tatbestand	115
a) Wirkstoffmindestgrenze	115
b) Nichterreichen der Wirkstoffmindestgrenze	116
c) Empfehlungen der Grenzwertkommission	117
d) Konsum von Betäubungsmitteln unterschiedlicher Wirkstoffqualität	117
e) Medikamentenprivileg	118
2. Subjektiver Tatbestand	118
II. Einzelheiten zu § 316 StGB	119
1. Keine absolute Fahrunsicherheit	119
2. Relative Fahrunsicherheit	120
a) Nachweis durch Fahrfehler	120
b) Nachweis durch sonstige Indizien	120
c) Einordnung von verlangsamten Pupillenreaktionen	122
<b>B. Verhältnis BtM-Straftat und Verkehrsverstoß</b>	123
<b>C. Entnahme einer Blutprobe (§ 81a StPO)</b>	124
I. Anordnungscompetenz	125
1. Ausnahme bei Straßenverkehrsdelikten	125
2. Ausnahme bei Gefahr im Verzug	125
II. Beweisverwertungsverbot bei Verstoß gegen die Anordnungscompetenz	126
III. Festhalterecht	127
<b>D. Die Entziehung der Fahrerlaubnis durch die Verwaltungsbehörde</b>	127
I. Drogenkonsum und Fahreignung	127
1. Fahreignung bei Cannabiskonsum	127
a) Regelmäßige Einnahme von Cannabis	128
b) Gelegentliche Einnahme von Cannabis	128
2. Fahreignung bei Cannabismischkonsum	129
II. Drogenbesitz und Fahreignung	129
III. Vorrang des Strafverfahrens	129
IV. Mitteilungspflichten	130

## Kapitel 5. Rechtsfolgen der Tat

<b>A. Strafzumessung</b>	131
I. Prinzip der Gesamtwürdigung	132
II. Strafraumenwahl	132
III. Wichtige allgemeine Strafzumessungsgrundsätze	135
1. Geständnis	135
2. Generalpräventive Erwägungen	135
3. Untersuchungshaft	136
4. Einziehung	136
a) Einziehung (des Wertes) von Taterträgen (früher Verfall) nach §§ 73 ff. StGB	136
b) Einziehung von Tatmitteln nach §§ 74 ff. StGB	136
IV. Spezifische Erwägungen im Betäubungsmittelstrafrecht	137
1. Art der Drogen	137
2. BtM-Menge	138
a) Wirkstoffmenge im Grenzbereich nach unten (sog. „niedrige nicht geringe Menge“)	138
b) Erhebliches Überschreiten der nicht geringen (Wirkstoff)-Menge	139
c) Gesamtmenge des Betäubungsmittelgemischs	139
3. Handeltreiben	141
a) Leerformel der verwerflichsten Alternative	141
b) Nicht zwingend zum Handeltreiben gehörende Modalitäten	141
c) Sonstige Strafzumessungserwägungen	141
4. Eigenverbrauch	142
5. Mengen sowohl zum Handeltreiben als auch zum Eigenverbrauch (Mischfälle)	142
6. Sicherstellung der Betäubungsmittel	143
7. Polizeiliche Beobachtung der Tat	143
8. Tatprovokation durch Vertrauenspersonen und Verdeckte Ermittler	144
9. Aufklärungshilfe/Kronzeugenregelung (§ 31 BtMG)	145
a) Voraussetzungen der Aufklärungshilfe	146
b) Prozessuales	147
10. Betäubungsmittelabhängigkeit und §§ 20, 21 StGB	149
a) Voraussetzungen für Schuldunfähigkeit und verminderte Schuldfähigkeit	149
b) Feststellung der Drogenabhängigkeit	150
11. Vertypte Milderungsgründe des StGB und ihre praktische Bedeutung im Betäubungsmittelstrafrecht	151
V. Bildung einer Gesamtfreiheitsstrafe (§§ 53 f. StGB)	152
VI. Entziehung der Fahrerlaubnis und Fahrverbot	152
1. Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 69 StGB	152
2. Fahrverbot gem. § 44 Abs. 1 S. 2 StGB	153
<b>B. § 64 StGB</b>	154
I. Überblick	154
II. Die Voraussetzungen der Unterbringung nach § 64 StGB in einer Übersicht	155
III. Aussichtslosigkeit einer Therapie	156
IV. Vorwegvollzug	157
V. Unterbringung und Jugendstrafe	158
<b>C. Bewährung</b>	160
I. Voraussetzungen	160
II. Auflagen und Weisungen	161

1. Auflagen .....	162
2. Weisungen .....	162
III. Widerruf der Bewährung .....	163
<b>D. Vermögensabschöpfung und Einziehung .....</b>	<b>163</b>
I. Die Einziehung von Taterträgen (früher Verfall) (§ 73 StGB) .....	164
II. Erweiterte Einziehung von Taterträgen (§ 73a StGB) .....	166
III. Einziehung des Wertes von Taterträgen (§ 73c StGB) .....	167
IV. Vermögenslosigkeit, Härten .....	168
V. Abtrennung der Entscheidung über die Frage der Einziehung von Taterlösen .....	168
VI. Einziehung (§§ 74 ff. StGB, 33 Abs. 2 BtMG) .....	169
1. Grundsätzliches zur Einziehung .....	169
2. Die Einziehung von Betäubungsmitteln .....	169
3. Die formlose Einziehung .....	170
4. Einziehung von Wertersatz .....	171
VII. Sicherung des Anspruchs auf Einziehung bzw. des Wertersatzes .....	171
<b>E. Rechtsfolgen kraft Gesetzes .....</b>	<b>172</b>
<b>F. Registerrechtliche Folgen einer Verurteilung .....</b>	<b>172</b>
I. Überblick .....	172
II. Tilgung .....	173
III. Unbeschränkte Auskünfte .....	173
IV. Beschränkte Auskünfte (Führungszeugnis) .....	173
1. Nichteintragung von Bagatelurteilungen in das Führungszeugnis ...	174
2. Nichteintragung von Verurteilungen nach dem Betäubungsmittelgesetz ..	174
3. Mitteilungspflicht der Betäubungsmittelabhängigkeit .....	174
4. Erweitertes Führungszeugnis .....	175
5. Tilgung von Eintragungen im Führungszeugnis .....	175
<b>Kapitel 6. Therapie statt Strafe (§§ 35, 36 BtMG)</b>	
<b>A. Allgemeines .....</b>	<b>177</b>
<b>B. Voraussetzungen .....</b>	<b>178</b>
I. Antrag .....	178
II. Tat aufgrund von Betäubungsmittelabhängigkeit .....	178
III. Zurückstellungsfähige Verurteilungen .....	179
1. (Rest-) Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren .....	179
2. Zurückstellung bei Anordnung einer Unterbringung .....	180
IV. Der Rehabilitation dienende Behandlung .....	181
V. Therapiebereitschaft .....	182
VI. Therapieplatz und Kostenzusage .....	183
VII. Zustimmung des Gerichts .....	184
<b>C. Rechtsmittel (Anfechtung) .....</b>	<b>184</b>
<b>D. Widerrufsgründe .....</b>	<b>185</b>
<b>E. Anrechnung von Therapiezeiten .....</b>	<b>185</b>
I. Die obligatorische Anrechnung nach § 36 Abs. 1 BtMG .....	185
II. Die fakultative Anrechnung nach § 36 Abs. 3 BtMG .....	186
<b>F. Aussetzung zur Bewährung .....</b>	<b>186</b>
<b>G. Verhältnis zu § 64 StGB .....</b>	<b>187</b>
<b>H. Üblicher Ablauf einer Drogentherapie .....</b>	<b>188</b>



## Kapitel 7. Prozessuale Fragen

<b>A. Tatort</b>	189
<b>B. Tatverdacht</b>	190
<b>C. Der Umgang mit „vertraulichen Hinweisen“ und Einsatz von Vertrauenspersonen</b>	190
I. Voraussetzungen für die Inanspruchnahme	193
1. Nicht bei Bagatelldelinquenz	193
2. Tatverdacht	193
3. Grundsatz der Subsidiarität	193
II. Eingeschränkter Beweiswert	194
III. Verfahren der Zusicherung der Vertraulichkeit	195
<b>D. Einsatz eines Verdeckten Ermittlers (§§ 110a ff. StPO)</b>	195
I. Voraussetzungen	196
II. Verfahrensrechtliche Fragen zum VE-Einsatz	196
1. Zustimmungserfordernis der Staatsanwaltschaft	196
2. Zustimmungserfordernis des Gerichts	197
3. Besondere Verfahrensvorschriften	197
<b>E. Der nicht öffentlich ermittelnde Polizeibeamte (NOEP)</b>	197
<b>F. Überwachung der Telekommunikation</b>	199
I. Formen von Telekommunikation	199
1. Rechtsgrundlage für die Überwachung unverschlüsselter Kommunikation	200
2. Rechtsgrundlage für die Überwachung verschlüsselter Kommunikation (Quellen-TKÜ)	200
3. Beschlagnahme von digital gespeicherten Informationen, insbesondere E-Mail	201
a) Technische Phasen der E-Mail-Versendung	201
b) Rechtsgrundlagen für die Beschlagnahme	202
c) Zurückstellung der Benachrichtigung	202
II. Materielle Voraussetzungen für die Anordnung der Überwachung der Telekommunikation	203
1. Katalogtaten, Einzelfallprüfung der Schwere der Tat, Subsidiarität	203
2. Schutz des Kernbereichs privater Lebensführung	204
3. Schutz der Beziehungen zu Berufsgeheimnisträgern und Zeugnisverweigerungsberechtigten	205
III. Überwachung der Anschlüsse nicht verdächtiger Personen (§ 100a Abs. 3 Alt. 2 StPO)	206
1. Nachrichtenmittler	206
2. Sonstige Anschlüsse, die der Beschuldigte nutzt	206
IV. Abgrenzung der Überwachung der Telekommunikation vom Raumgespräch	207
V. Verwertung in anderen Verfahren	208
1. Verwertung in Verfahren, die Katalogtaten betreffen	209
2. Verwertung in anderen Verfahren, die keine Katalogtaten betreffen	209
VI. Die Anordnungscompetenz	210
VII. Einführung der Erkenntnisse in die Hauptverhandlung	210
1. Überlassen von TKÜ-Datenträgern an den Verteidiger	210
2. Beweisaufnahme über die Erkenntnisse aus der Überwachung der Telekommunikation	211

a) Verwertung durch Abspielen der Telefongespräche in der Hauptverhandlung	212
b) Verwertung durch Verlesung der Niederschriften	212
<b>G. Besondere Verfahrensregelung bei verdeckten Maßnahmen</b>	213
I. Aktenführung bei bestimmten Maßnahmen (§ 101 Abs. 2 StPO)	213
II. Kennzeichnungspflicht (§ 101 Abs. 3 StPO)	213
III. Unterrichtung des Gerichts	214
IV. Unterrichtung der Beteiligten	214
V. Hinweis auf die Möglichkeit nachträglichen Rechtsschutzes	214
VI. Ausnahmen von der Unterrichtung	215
1. Verbot der Benachrichtigung	215
2. Fakultatives Absehen von der Benachrichtigung	216
3. Nachforschungspflicht	216
4. Zustimmung zur (weiteren) Zurückstellung der Benachrichtigung über verdeckte Ermittlungsmaßnahmen	216
VII. Löschung	217
<b>H. Erhebung der Verkehrsdaten (§ 100g StPO)</b>	217
I. Verkehrsdatenerhebung nach § 100g Abs. 1 StPO	218
1. Verkehrsdaten („Abrechnungsdaten“) nach § 9 TTDSG und § 2a BDBOSG	218
2. Anordnungsvoraussetzung	219
II. Anlasslos gespeicherte Verkehrsdaten (Vorratsdatenspeicherung)	219
1. Vorratsdaten	219
2. Anordnungsvoraussetzungen	220
3. Schutz der Berufsgeheimnisträger	220
III. Funkzellenabfrage (§ 100g Abs. 3 StPO)	221
1. Begriff	221
2. Anordnungsvoraussetzungen	221
IV. Anordnungskompetenz	221
V. Regelung der Benachrichtigungspflicht	222
VI. Weitere Vorschriften	222
<b>I. IMSI-Catcher (§ 100i Abs. 1 Nr. 1 StPO)</b>	222
<b>J. Standortfeststellung (§ 100i Abs. 1 Nr. 2 StPO)</b>	223
<b>K. Bestandsdatenauskunft (§ 100j StPO)</b>	223
I. Auskunft nach § 100j Abs. 1 S. 1 StPO zu Bestandsdaten (Vertragsdaten des Teilnehmers) nach § 3 Nr. 3 TKG	223
II. Auskunft zu Zugangssicherungscode nach § 100j Abs. 1 S. 2 StPO	224
1. Auskunft zu Zugangssicherungscode zu externen Speichern	225
2. Richtervorbehalt bei Bekanntgabe von Zugangscode	225
III. Auskunft zu (dynamischen) IP-Adressen nach § 100j Abs. 2 StPO	225
IV. Benachrichtigungspflicht	225
<b>L. Überblick Verdeckte Maßnahmen</b>	226
<b>M. Durchsuchung von Wohnungen (§ 102 StPO)</b>	228
I. Verdachtsgrad	228
II. Probleme bei der Anordnungskompetenz aufgrund Gefahr im Verzug	229
<b>N. Legendierte Kontrollen</b>	231
<b>O. Beschlagnahme von Briefsendungen durch die Zollverwaltung</b>	232
<b>P. Der Pflichtverteidiger der ersten Stunde</b>	233

<b>Q. Besondere Probleme in der Hauptverhandlung</b>	235
I. Einführung der Angaben von Informanten, Vertrauenspersonen und Verdeckten Ermittlern	235
1. Zeugen vom Hörensagen	235
2. Eingeschränkter Beweiswert	235
3. Richterliche Aufklärungspflicht	236
II. § 55 StPO	236
1. Anwendungsbereich	236
2. Grenzen der Vernehmung tatverdächtiger Zeugen	239
III. Verfahrensabsprachen	240
1. Absprachen in der Hauptverhandlung	240
a) Zu beachtende Maximen	240
b) Pflichten der Staatsanwaltschaft	242
2. Absprachen im Ermittlungsverfahren	242
<b>Anhang</b>	245
<b>A. BtMG (Auszug)</b>	245
<b>B. Anlagen I bis III zu § 1 Abs. 1 BtMG (Auszug)</b>	257
I. Anlage I (nicht verkehrsfähige Betäubungsmittel)	257
II. Anlage II (verkehrsfähige, aber nicht verschreibungsfähige Betäubungsmittel)	258
III. Anlage III (verkehrsfähige und verschreibungsfähige Betäubungsmittel)	259
<b>C. Anlage 4 zu den §§ 11, 13 und 14 FeV (Auszug)</b>	260
<b>D. NpSG (Auszug)</b>	261
<b>E. Auszug aus dem Bundeszentralregistergesetz (BZRG)</b>	263
<b>F. Lernkontrollfragen</b>	265
<b>G. ABC des Drogen-Jargons</b>	269
<b>Stichwortverzeichnis</b>	279